Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 20 | Donnerstag, den 13. November 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Serbien verlangt Mackensen. Times melden aus Belgrad, daß die serbische Liste der Personen feindlicher Länder, die sich gegen die Kriegsgesetze vergangen haben, außer einer Anzahl Deutscher, 2500 bulgarische und österreichische Namen enthalte. Unter den Deutschen befindet sich auch Generalfeldmarschall v. Mackensen.

Ein hartgesottner Sünder. Im Tageblatt von Polzin in Pommern machte dieser Tage ein dortiger Schlächter folgendes bekannt: „Sämtlichen Schleichhändlern Polzins und Umgegend mache ich hiermit bekannt, daß ich trotz der erhaltenen Strafe derselbe bleibe."

Wenn man sich die lächerlich geringen Strafen vergegenwärtigt, die in der Regel über erwischte Schieber und Schleichhändler verhängt werden, dann braucht man sich allerdings über diese Unverfrorenheit nicht mehr zu wundern.

Allenthalben Spitzbuben. Aus Heidelberg wird gemeldet: „Von einem einlaufenden Güterzuge mußte hier ein heißgelaufener Wagen abgehängt werden. Beim Entladen des Wagens fiel eine Kiste wegen ihrer Schwere auf. Sie war, wie sich ergab, mit gemünztem Gold im Werte von über 1 Million Mark gefüllt, das in das besetzte Gebiet geschmuggelt werden sollte.

Wie viel Gold mag aber schon über die Grenze geschmuggelt sein, was kein günstiger Zufall verhinderte.

Bayern monopolisiert den Haferhandel. Der bayerische Landwirtschaftsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium den Haferhandel monopolisiert und den Einkauf von Hafer von den Erzeugern ausschließlich den Komissären der bayerischen Futterversorgungsstelle in München übertragen. Die Erzeuger dürfen auch nur an diese verkaufen. Der Versand per Bahn ist nur auf Grund eines amtlichen Frachtbriefes zulässig. Die Kommissäre zahlen an die Landwirte für ein Drittel ihrer Ablieferung den Pflichtpreis von 20,77 Mark und für Zweidrittel einen Preis von 50 Mark für den Zentner.

Mehrheitssozialisten: 70 Prozent Stimmverlust. In dem Abstimmungsgebiet Oberschlesiens haben die Gemeindewahlen stattgefunden. Das Resultat ist in seinen Einzelheiten bisher nicht bekannt, sondern steht nur in großen Umrissen fest. Es läßt sich dahin zusammenfassen daß Zentrum und Mehrheitssozialisten große Stimmenverluste zu verzeichnen haben, dagegen die Polen überall mit Stimmenzuwachs rechnen können, besonders in den Landgemeinden. Der Verlust der Mehrheitssozialisten ist zu geringem Teil den Deutschnationalen, überwiegend aber den Unabhängigen zugute gekommen. Die Polen haben fast überall, wie die Deutsche Allg. Ztg. feststellt, an Stimmen gewonnen, jedoch nach vorläufiger Schätzung nicht mehr als 35 Prozent. Nach dem Ausgang der Wahlen, sagt das genannte Blatt, ist hinsichtlich der Zukunft Oberschlesiens Pessimismus nicht am Platze. Von großer Bedeutung bei der Volksabstimmung werde die Haltung der Unabhängigen sein.

Nach weiteren Nachrichten ist das Wahlresultat für die Rechtssozialisten geradezu katastrophal. In den großen Arbeiterbezirken verloren sie 70 bis 80 Prozent ihrer Stimmen. In Königshütte ging die Zahl der Sozialdemokraten von 14500 bei den Nationalversammlungswahlen auf 2800 zurück, in Kattowitz von 5500 auf 1400, in Laurahütte von 1502 auf 835. Die Unabhängigen haben einen Zuwachs von 100 Prozent zu verzeichnen, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß unsere Partei bei der Nationalversammlungswahl in diesen Bezirken nur wenig vertreten war.

1½ Millionen Arbeiter beschäftigungslos. Ein Kabeltelegramm aus Washington berichtet: Wilson erklärte in einer Botschaft an das amerikanische Volk, er beabsichtige sehr bald eine zweite Industriekonferenz zusammenzuberufen, die über die industrielle Lage beraten solle.

Die Streiks in den verschiedenen Industriebetrieben haben etwa 1½ Millionen Arbeiter beschäftigungslos gemacht. Lansing erklärte nach einer längeren Kabinettsberatung über die Streiklage, die Regierung beabsichtige die gesetzlichen Maßnahmen gegen den Streik aufrecht zu erhalten. Der Vorschlag des Sekretärs der Streikleitung, der die Einstellung der gerichtlichen Schutzhaftbefehle verlangte, wurde abgelehnt. — In Indianapolis berieten die Behörden über den Schutzhaftbefehl und kamen zu dem Entschluß, den Streikführern nahezulegen, daß sie den Arbeitern den Befehl zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit erteilen.

Von der Verkehrssperre. Die Verkehrssperre soll bekanntlich notwendig sein, um Kohlen und Kartoffeln in die Städte zu schaffen. In Wirklichkeit können nicht einmal alle Güterzüge wie früher laufen, weil Eisenbahndienstkohle nicht genügend vorhanden ist.

Aus dem preußischen Eisenbahnministerium hören wir, daß die Befürchtung, der Güterverkehr werde durch Mangel an Eisenbahn-Dienstkohle behindert werden, bereits eingetreten ist. Im Bezirk Hannover sind die Vorräte auf großen Lokomotivstationen völlig aufgebraucht; der Güterverkehr wurde durch den Mangel an Kohlen erheblich gestört. Auf der Strecke Hamm—Berlin mußte ein Teil der Bekohlungsanlagen stillgelegt werden, so daß die Bereitstellung der Lokomotiven stark verzögert wurde. Auch von dem Bezirke Altona, insbesondere von den großen Hamburger Bahnhöfen sowie von Stettin wird über Kohlenmangel und dadurch hervorgerufene schwere Störungen des Güterverkehrs berichtet.

Trotz aller Hinweise der Eisenbahnverwaltung bleibt die Zuteilung von Dienstkohlen noch immer hinter dem Bedarf zurück. Nachdem nunmehr die Bestände bei der Eisenbahnverwaltung an wichtigen Betriebspunkten bereits aufgezehrt sind, muß demnach mit teilweiser Einstellung des Güterverkehrs ernstlich gerechnet werden, wenn die für die Kohlenverteilung zuständigen Stellen nicht unverzüglich für eine bessere Belieferung der Eisenbahn sorgen.

So werden wir „verkohlt".

Die „Kopfarbeiter"

Kritiker der russischen Revolution weisen stets auf das Problem der „Kopfarbeiter" hin, das bei der praktischen Verwirklichung des Sozialismus ohne weiteres in Erscheinung treten mußte. Auch dem deutschen Proletariat bleibt die Lösung dieser Frage nicht erspart. Ich halte es für richtig, daß das revolutionäre Proletariat mehr wie bisher seine Aufmerksamkeit auf dieses Gebiet lenkt.

Muß mit der Umstellung der heutigen Gesellschaftsordnung zur sozialistischen Ordnung begonnen werden, so wird das handarbeitende, revolutionäre Proletariat nicht fähig sein, diesen Prozeß allein zu führen. Ganz abgesehen von den anderen wichtigen kulturellen Organisationen, ist es ihm nicht möglich, die ökonomischen Grundlagen für den Sozialismus, das ureigenste Gebiet des Handarbeiters, zu schaffen, dazu sind die Kopfarbeiter unentbehrlich, die Ingenieure, Techniker, Kaufleute, die Gelehrten, Beamten usw. Ich glaube nicht, daß diese Erkenntnis ohne die russische Revolution im Proletariat wirklich lebendig wäre.

Wer ist eigentlich Kopfarbeiter? Wie stellen sich Hand- und Kopfarbeiter zu einander? Wollen die Kopfarbeiter eine besondere, über dem handarbeitenden Proletariat stehende Klasse bilden? Welche Teile der Kopfarbeiter kommen für den Sozialismus in Betracht? Wie stellte sich und wie stellt sich die Parteileitung zu diesen Genossen? Wie sollen Hand- und Kopfarbeiter zusammenarbeiten? Wird am Tage der Uebernahme der politischen Macht durch das Proletariat eine ausreichende Anzahl Kopfarbeiter zur Verfügung stehen?

Die Fragen fließen uns in die Feder. Zu meinem Bedauern nehme ich wahr, daß es mir nicht möglich sein wird, jeden Punkt so ausführlich zu behandeln, als es mir erwünscht wäre.

Kurz nach dem 9. November hörte ich erstmals die Bezeichnungen „Kopfarbeiter", „geistige Arbeiter". Zunächst fragte ich mich nun: „Wohin gehörst Du?" Zu den Kopfarbeitern?"

Damals schon kam ich zu dem Ergebnis, daß ich letztendlich als einfacher Angestellter weder zur neuen Kategorie der Kopfarbeiter noch zur alten Kategorie der Handarbeiter gehöre. Ich arbeite oft nur rein mechanisch mit meinen Händen und brauche weniger oft Teile meiner geistigen Fähigkeiten.

Unter geistigen Arbeitern verstand ich weit mehr die Angehörigen der freien Berufe, Künstler, Schriftsteller, Gelehrte, Schauspieler usw., sowie Teile der Staats- und Privatbeamten und Angestellten; Direktoren, Prokuristen, Ingeniere, höhere Beamte, Richter usw. Die große Masse der Privat- und Staatsangestellten usw. rechnete ich aber nicht dazu. Bei weiterer Ueberlegung fand ich auch, daß viele Handarbeiter oft weit mehr Kopf- als Handarbeit leisten und daß sogenannte geistige Arbeiter manchmal rein mechanische, physische Arbeit leisten. Z. B. ein Professor, der seit Jahren Tag für Tag dieselben Vorlesungen hält, d. h. eben sein Manuskript abliest, dagegen sehe man sich die Arbeit eines Kunstschlossers, Buchdruckers, eines Monteurs usw. an. Diese Beispiele könnten von der Handarbeiterschaft sicherlich viel zahlreicher und deutlicher gezeigt werden.

Schließlich sind auch noch Fälle in Betracht zu ziehen, wo sich ein einfacher Arbeiter oder Angestellter in seiner freien Zeit intensiv mit literarischen und philosophischen Problemen, mit Schriftstellerei, Poesie oder auf diesem oder jenem kulturellen Gebiete betätigt. Wohin rechnen diese Leute? Es ist von ihnen oft nur bekannt, daß sie Handarbeiter oder Angestellte usw. sind.

Aus all dem und noch manchem anderen kam mir die Erkenntnis, daß die Bezeichnung „Kopfarbeiter" ein irreführender, rein formaler, wesenloser Begriff ist. Ich glaube, es gibt keinen Sozialisten, der diese Bezeichnung nicht innerlich ablehnt. Wir sind Arbeiter, Proletarier, Genossen. Leider ist es heute aus den verschiedensten Gründen nicht möglich, die Bezeichnungen „Kopfarbeiter", „geistiger Arbeiter" fallen zu lassen, wir müssen sie im Gegenteil in nächster Zeit mehr denn je gebrauchen!

Es ist jedoch notwendig, daß über den Inhalt der beiden Begriffe eine einheitliche Auffassung Platz greift. Ich verstehe unter ihnen einmal: Angestellte aller Art, die in der Verwaltung des sozialen Organismus, gleichgültig ob in einfacher Schreiber- oder in gehobener Stellung tätig sind.

In Betracht kommen Industrie, Handel, Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Schiffahrt, Verkehr, Post u. a. Zweige. Die Staats-, Gemeinde- und Körperschaftsbeamten, dann sämtliche Angehörige der freien Berufe. Außerdem alle diejenigen, die nach der Art ihrer Tätigkeit, oder nach der Form ihres Dienstverhältnisses unter die Gruppe Handarbeiter nicht fallen, sowie diejenigen, die sich dem Proletariat zurechnen auf Grund ihrer Weltanschauung, des Sozialismus.

Auch wenn die Gruppe der Kopfarbeiter in ihrer revolutionären Entwicklung im Großen und Ganzen noch sehr zurück ist, zeigen doch einzelne Zweige eine erfreuliche revolutionäre Reife. Die handarbeitenden Genossen müssen denjenigen Kopfarbeitern, die einer revolutionären Partei angehören, dasselbe Maß an Achtung und Vertrauen entgegenbringen, wie ihren Genossen in den Werken. Sind die Kopfarbeiter erst in der Partei, dann wollen sie nichts sein, als Arbeiter, Proletarier, Genossen.

Für das Verhältnis zwischen den beiden Schichten dürfen nicht maßgebend sein, diejenigen Zustände, die vor der Revolution bestanden haben. Es gilt vielmehr die Vergangenheit, soweit wir aus ihrem Studium nicht für die Gegenwart und Zukunft lernen können, ruhen zu lassen.

Die Schuld an dem früheren gegenseitigen Mißtrauen liegt gleichmäßig auf beiden Seiten. An dem Handarbeiter, der unter jedem Menschen mit einigermaßen gepflegten Fingernägeln einen „Großkopfeten" vermutet hat, an dem geistigen Arbeiter, der auf jeden Handarbeiter hochnäsig herabsah.

Heute können wir mit Befriedigung konstatieren, daß auf beiden Seiten in weiten Kreisen das frühere Mißtrauen zwar noch nicht ganz geschwunden ist, daß aber von jeder Gruppe die Annäherung, Ausgleichung und Solidarität als unbedingte Forderung verlangt wird. In diesem Gedanken liegt eine gesetzmäßige Notwendigkeit. Er wird völlig durchdringen.

Beide Schichten haben sich gegenseitig viel zu geben. Ich glaube, nicht falsch verstanden zu werden, wenn ich bemerke, die Handarbeiter können von den sozialistischen Kopfarbeitern vielleicht mehr lernen als umgekehrt. Ich habe hier vor allem im Auge die weiten Gebiete der kulturellen und wirtschaftlichen Bildung. Während wir Kopfarbeiter vor allem andern an der revolutionären Arbeiterschaft das Solidaritätsbewußtsein, die Erkenntnis von der unbedingten Notwendigkeit des Klassenkampfes, die aktive Betätigung in der Partei bewundern und nachahmen sollen.

Aus allem bisher gesagten ergibt sich von selbst die Beantwortung der Frage: Wollen die Kopfarbeiter eine besondere, über dem handarbeitenden Proletariat stehende Klasse bilden?

Ich darf mich darauf beschränken, den Kopfarbeitern zuzurufen:

„Seht in der schwieligen Faust des Arbeiters, seht in seiner Arbeitsbluse, in seinem groben und polternden Benehmen, in seiner bald drastisch-naiven Auffassung der Dinge keine Scheidewand! Es besteht keine solche! Große Teile der Arbeiterschaft stehen an Bildung den Kopfarbeitern nicht nach. Seht in Euren Genossen den Menschen, Blut von eurem Blute! Seid selbst in eurem Bewußtsein nicht mehr als wirklich einfache Menschen, die sich in Reih und Glied stellen mit ihren Klassengenossen!"

Den handarbeitenden Genossen aber möchte ich zurufen: „Nicht das Aeußere macht den Menschen aus, sein Handeln ist es. Kleidet sich jemand geschmackvoll, so ist das kein Grund, ihm Achtung und Vertrauen zu versagen. Ihr gebt mir ohne Umstände beides, wenn ich im Arbeiterkittel stecke. Laßt jeden nach seiner Fasson selig werden!"

Wer heute forscht, ob es in den Reihen der geistigen Arbeiter noch Kreise gibt, in denen der Sozialismus keinen Vertreter besitzt, der wird entweder angenehm oder unangenehm enttäuscht werden. Mir war es eine Freude, als ich das Ergebnis meiner Umschau in dieser Richtung auf folgende Formel bringen konnte:

„Nach menschlicher Annahme gibt es kein Glied in unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, dessen Vertreter von der Idee des Sozialismus noch nicht erfaßt wären, wenn ihm oft auch nur bescheidene Heimstätten bereitet sind."

Ich teile die sozialistischen Kopfarbeiter in drei Arten. In solche, die einer revolutionären Partei angehören, in andere, die parteipolitisch zur Mehrheitssozialdemokratie oder einer anderen Partei zählen und zuletzt fand ich welche, die sich wohl innerlich zum Sozialismus bekennen, aber aus verschiedenen bestimmten Gründen ihre Gesinnung verbergen.

Die erste Art ist für uns gewonnen, es gilt nur noch sie zur aktiver Arbeit in der Partei heranzuziehen. Die zweite Art muß agitatorisch bearbeitet werden und die letzten gilt es ausfindig zu machen und kennen zu lernen.

Hier möchte ich nun gleich meine letzte Frage behandeln: Wird am Tage der Uebernahme der politischen Macht durch das Proletariat eine genügende Anzahl Kopfarbeiter zur Verfügung stehen?

Nach meiner Meinung: Ja. Es werden ohne weiteres die bereits in unseren Reihen stehenden Kopfarbeiter zur Stelle sein. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die zu anderen Parteien gehörenden Sozialisten in dieser Stunde ebenfalls ihre Pflicht erfüllen werden. Bei der letzten Art darf angenommen worden, daß sie ihre Arbeit weiter verrichten und keinesfalls passive Resistenz üben.

Zahlenmäßig ist die Zahl der sozialistischen Kopfarbeiter gegenüber den bürgerlichen in der Minderheit. Ich nehme jedoch bestimmt an, daß die große Masse der geistigen Arbeiter, bei entsprechender Behandlung keinen nennenswerten Widerstand leisten wird. Ein Rest wird bleiben. Ihn zu isolieren und eine Beeinflussung der anderen zu verhindern, dürfte wohl gelingen.

Es sind mir Genossen bekannt, die der Parteileitung der U. S. P. den Vorwurf machen, am 9. November die Bedeutung der Kopfarbeiterfrage nicht gewürdigt zu haben. Sicher ist, parallel dem Mißtrauen der Massen, eine zum mindesten lässige Behandlung der Frage durch die Parteileitung. Aus wohlerwogenen Gründen mache ich ihr aber keine Vorwürfe wegen ihrer früheren Haltung. Die dort tätigen Genossen haben in der Fülle ihrer Arbeit, die sie seit dem 9. November zu leisten haben, eine stichhaltige Entschuldigung, was weit wichtiger ist, sie haben das Versäumte ausgeglichen.

Wir Kopfarbeiter dürfen von der Parteileitung wohl erwarten, daß sie uns nunmehr den Genossen in den Werken gleichachten und wir dürfen von ihr wohl erwarten, daß sie sich gegenüber Tüchtigen unter uns nicht abschließt.

Wir wollen und werden uns betätigen in der Gesamtpartei. Nicht Sonderorganisationen brauchen wir, nur Zusammenfassung der Kopfarbeiter durch die Kopfarbeiter um sie auf diesem Wege in die Gesamtbewegung zu führen. Daraus wird sich ein enges Hand- in Handarbeiten mit den handarbeitenden Genossen ergeben. Ganz von selbst werden sich etwa noch vorhandene Irrtümer gegenseitig klären. Das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen wird sich in kameradschaftlicher, brüderlicher Weise entwickeln. Die Genossen in der Parteileitung werden entlastet und unterstützt. Es muß möglich werden, den Bildungsbestrebungen und auch unserer Partei befruchtende Elemente zuzuführen.

Frisch ans Werk! Arbeitet alle mit an der Verwirklichung des Sozialismus. Das Werk muß gelingen. Uns der Sieg!

K. K.

Politische Rundschau

Deutschland

Die Politik der nassen Hosen

Die furchtbare Angst, die manche Leute schon seit Wochen ausgestanden haben, hat sich in den Tagen, da sich die Revolution jährte, bis zur Lächerlichkeit gesteigert. Unser Erfurter Bruderblatt, die Tribüne, berichtet über folgende militäriche Maßnahmen, die in der Stadt Erfurt getroffen waren:

Für Erfurt ist für die Zeit vom 6. bis 10. November höchste Alarmbereitschaft angeordnet. Außerdem ist befohlen, daß die Kasernen bis auf den letzten Mann zu verteidigen sind.

Sie sind unbedingt zu halten, bis Hilfe von auswärts kommt.

Jede Kompanie hat zwei Stoßtrupps von je 30 Mann gebildet.

Sobald die Besetzung öffentlicher Gebäude sich nötig macht, so sind auch diese unbedingt zu halten, bis Hilfe von auswärts kommt.

Schwere Maschinengewehre sind an der Jägerkaserne und an der Schützenhausstraße aufgestellt.

Erfurt-Nord darf nicht betreten werden wegen der großen Spartakistengefahr.

In einer Instruktion ist den Unteroffizieren und Mannschaften erzählt worden, die öffentlichen Gebäude müßten wie im März mindestens auch drei Tage besetzt gehalten werden. Aber man wolle nicht hoffen, daß auch unter den Truppen Spartakisten seien, obwohl die Tribüne leider schon wiederholt geheime Befehle veröffentlichen könnte. In der Instruktionsansprache ist auch ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß keine andere Regierung, möge sie kommen, von wo sie wolle, anerkannt werden dürfe; der gegenwärtigen sei die Treue zu wahren.

Mit Gott fürs Vaterland und Friedrich, dem Einzigen, hurra, hurra, hurra! — Selbstverständlich war die ganze Heldenbegeisterung für die Katz. Wie überall im Reiche ist auch in Erfurt nichts passiert. Außer einigen nassen Hosen hat sich kein Unglück ereignet.

Spitzelarbeit

Das mecklenburgische Staatsministerium hat durch die Reichswehr vor einigen Tagen eine geheime Kommunistenversammlung aufheben lassen. Dabei soll ein kommunistisches „Aktionsprogramm" in die Hände der Noskegardisten gefallen sein, in dem es u. a. heißt:

1. Bei der Vorbereitung für alle einheitlichen Handlungen gilt es, nur durchaus zuverlässige Kräfte zu informieren.
2. Kurz vor der vermeintlichen Notlage die Masse informieren.
3. Bildung von bewaffneten Stoßtrupps aus den einzelnen Betrieben.
4. Die Streikleitung wird nicht den offiziellen Betriebsräten übertragen.
5. Restlose Stillegung der Betriebe.
6. Uebermäßige Demonstrationen sind zu vermeiden.
7. Kann ein Betrieb bei einem Angriffe nicht mehr gehalten werden, so sind alle Anlagen (Dampfkessel usw.) zu sprengen.
8. Besetzung der Lebensmittelämter.
9. Einzig maßgebende Parolen und Direktiven kommen aus Berlin.
10. Stützpunkte der Organisierung sind Bremen, Leipzig, Halle, Stuttgart, Berlin.
11. Wirtschaftliche Teilstreiks sind mit allen Machtmitteln zu unterdrücken.
12. Spezifizierung der Streiks: Die Betriebe werden in der Reihenfolge: Eisenbahnverkehr, Lebensmittel und dann die übrigen, stillgelegt.
13. Finanzielle Unterstützung und materielle Hilfe ist von Rußland zugesagt.
14. Es ist sofort zu melden: Was und wieviel Waffen sind vorhanden, sind genügend Stoßtrupps gebildet welche Vorkehrungen sind bis jetzt getroffen?

Vermutlich ist dieses kommunistische Aktionsprogramm in irgend einem Polizeibureau entstanden um politische Kinder und alte Weiber graulich zu machen. Es stinkt auf zehn Meilen Entfernung nach Spitzeln.

„Abbau" der Arbeiterräte

Der Haushaltausschuß der Preußischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die Kosten der Arbeiterräte nicht mehr aus staatlichen Mitteln gedeckt werden sollen. Das Plenum hat sich diesem Beschluß bis jetzt noch nicht angeschlossen. Er ist also noch nicht in Wirksamkeit getreten. Der „sozialistische" Minister Südekum ist aber außerordentlich bemüht, diesen Beschluß möglichst schnell in die Praxis umzusetzen. Noch bevor er Gültigkeit hat, versendet er folgendes Rundschreiben an die preußischen Regierungspräsidenten:

Der Finanzminister. Berlin C. 2., den 9. Oktober 1919.

Betrifft Verwendung von Staatsmitteln
für die Arbeiterräte.

Der Haushaltausschuß der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung hat beschlossen, dem Plenum die Annahme eines Beschlusses zu empfehlen, wonach künftig für Arbeiterräte staatliche Mittel nicht mehr verwendet werden dürfen.

Bei dieser Sachlage kann neuen Anträgen auf Uebernahme von Kosten für Arbeiterräte auf die Staatskasse keine Folge mehr gegeben werden. Die gegenwärtig gezahlten Kosten werden spätestens in Fortfall kommen müssen, wenn ein gleicher Beschluß der Vollversammlung vorliegt, der in Bälde zu erwarten ist. Es ist daher schon jetzt darauf Bedacht zu nehmen, daß die Verwendung von Staatsmitteln allmählich abgebaut und die Beteiligten darauf vorbereitet werden, daß Zahlungen über den durch den Beschluß der Landesversammlung gegebenen Zeitpunkt hinaus nicht mehr angängig sind.

Der Finanzminister
gez. Dr. Südekum.

Wenn die scheinsozialistische Regierung hofft, mit solchen Erlassen die revolutionäre Tätigkeit der seitherigen Arbeiterräte unterbinden zu können, so dürfte sie sich wohl bald in ihren Erwartungen enttäuscht sehen. Ueberall haben die Genossen die Umgestaltung der seitherigen Arbeiterräte zu Propagandazentralen und Aktionsausschüssen für das revolutionäre Rätesystem angebahnt. Diese, den Erfordernissen des gegenwärtigen Kampfes angepaßten neuen Arbeiterräte schaffen sich auch eine finanzielle Grundlage durch freiwillige Beiträge, die bis jetzt fast an allen Orten recht gut eingehen und die Unabhängigkeit von der heutigen Regierung in jeder Beziehung ermöglichen.

Erst auf dieser Grundlage können die Arbeiterräte wieder zur Zusammenfassung und zum Ausdruck der Macht der Arbeiterschaft werden. Sie können dann bei den kommenden Kämpfen wieder den Platz einnehmen, den sie in den ersten Monaten der Revolution inne hatten. In diesem Sinne haben Südekum und Konsorten mit ihrem Beschluß und ihrem Erlaß die Revolutionierung der Arbeiterräte wider Willen gefördert.

Das neue Erfurter Programm der Rechtssozialisten

Zusammengestellt auf Grund ihrer Abstimmungen bei den Verfassungsberatungen:

1. Beibehaltung der Todesstrafe (insbesondere gegen Revolutionäre).
2. Keine Wahl der Behörden durch das Volk. Ernennung der Beamten durch die gottgewollte Regierung.
3. Keine direkte Gesetzgebung durch das Volk.
4. Aufrechterhaltung der Zensur.
5. Unterdrückung der freien Meinungsäußerung.
6. Abschaffung der Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Anmerkung zu Punkt 4—6: Alles Nähere in diesen Fragen hat der militärische Befehlshaber zu regeln.

7. Keine Trennung von Staat und Kirche. Erklärung der Religion zur Staatsangelegenheit.
8. Besoldung der christlichen Geistlichen durch den Staat.
9. Keine Einführung der Einheitsschule. Die höhere Bildung steht nur den besitzenden Klassen zu. Schaffung der reinen Konfessionsschule.
10. Keine Volkswehr. Schaffung eines Söldnerheeres, dessen Offiziere nur aus konservativen, möglichst adligen Familien zu nehmen sind.
11. Möglichste Erhöhung und Ausdehnung aller indirekten Steuern.
12. Ablehnung jeder wirklichen Sozialisierung.

Wofür das E. K. I verliehen wird

Als im November 1918 durch den Aufstand der Kieler Matrosen gegen den geplanten Verzweiflungskampf mit England der Anstoß zur Revolution gegeben wurde, machte fast die gesamte im Kieler Hafen liegende Hochseeflotte mit den Revolutionären gemeinsame Sache. Nur der Hauptteil der Besatzung des Linienschiffes „Schlesien" schloß sich aus und folgte weiter dem Kommando des Schiffs-Kapitäns. Er versuchte, das Schlachtschiff für den erhofften monarchistischen Sieg über die Revolution zu retten und zwar durch die Flucht nach Dänemark. Aus irgendwelcher Ursache mißlang der Plan. Der Kommandeur aber wollte die „Treue" der Besatzung gewürdigt wissen und beantragte die Verleihung einer Anzahl E. K. I und II an sie. In einem Schreiben vom 17. Juli 1919 gab die Inspektion des Bildungswesens der Marine unter der Tagebuch-Nr. H. 5144 P. den Antrag des Kommandanten vom Linienschiff „Schlesien" weiter an das Abwickelungsamt der I M.-D., das am 31. Juli in einem Schreiben, gezeichnet „Hollmann", die verlangten Auskünfte über das dienstliche Verhalten der zur Dekorierung Vorgeschlagenen während des Krieges erteilte. — Die rechtssozialistische Schleswig-Hollsteinische Volkszeitung, welche die Affäre, die durchaus dem Wesen der neuen „republikanischen" Verhältnisse entspricht, ans Tageslicht zieht, teilt leider nicht mit, ob es zur Ausgabe der Kreuze gekommen ist. Herr Noske würde wohl kaum etwas dagegen einzuwenden gehabt haben! Entspricht doch die Tat der revolutionsfeindlichen Matrosen durchaus seinen und seiner Parteifreunde Intentionen; sie alle waren ja gleichfalls nicht erbaut vom 9. November!

Großbritannien

Englands Russenpolitik

Was ist der Sinn der russischen Blockade? Diese Frage suchen wir uns immer aufs neue zu beantworten, und es ist nötig, daß wir sie ganz ergründen, denn nur wenn die Wurzeln einer verwerflichen Politik erkannt werden, ist man in der Lage, sie entschieden zu bekämpfen.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

20]

Und hierbei erging es ihm seltsam.

Die „Nerven" meldeten sich wieder.

Es überlief Jordan heiß und kalt, als er diese pathetischen Verwünschungen zum zweiten Male las.

Er hatte sich ganz in die Seele seines Gegners hineingedacht und das so tief und restlos, daß ihn ein schrecklicher Gedanke überkam.

Der Mann hat recht! Der Mann hat recht! schrie es in Jordan.

Nein — nein!

Jordan wehrte sich dagegen.

Hier war ja doch ein Richterkollegium, eine ganze Strafkammer, die die Verantwortung für dieses Urteil trug. Allein trug. Er — der Staatsanwalt — hatte ja doch nur Anträge gestellt. Sie mußten aber wohl doch Rechtens gewesen sein, wenn eine ganze Strafkammer sie einhellig guthieß.

Wer konnte sich unterstehen, ihm die ganze Last dieses Urteils aufzubürden?

Der Mann hat recht, Jordan, denn du warst es, der die schlappe Richterschaft erst angestachelt und mit aller Schroffheit gegen das Mädchen und seine Mutter gehetzt hatte.

Der Vorsitzende zeigte ja bei Beginn der Verhandlung sehr deutlich, daß Jugend und Schönheit auf ihn wirkten und daß er solchen Einflüssen recht zugänglich sei. Von dem genießerischen Beisitzer gar nicht zu reden, der die Zeugin Herta Hecker mit gierigen Augen verschlang.

Nein — Hand aufs Herz — Jordan — du selbst empfandest es als Genugtuung, daß es deiner suggestiven Redekunst gelang, den guten, einnehmenden Eindruck, den die Hecker auf die Richter gemacht hatte, in sein Gegenteil umzuwandeln.

Also davon ließ kein Tüttelchen sich abstreiten.

Die Verurteilung der Angeklagten war allein Jordans Werk. Ihn traf die faktische Verantwortung dafür. Das hatte der Maler sehr richtig herausgefühlt.

Nun — dies zugegeben — so hatte Jordan — rein objektiv — durchaus sachlich geurteilt.

Ja? Wirklich?! Hatte er das? —

Der Staatsanwalt sondierte sein tiefstes Innerstes, er tastete hinab in die Untiefen seines Empfindens. Er tastete hinab in die dunklen Abgründe seiner Seele und hielt Gericht über sich.

War da — war da wohl irgendwo versteckt, irgendwo verborgen eine tief geheime Freude an den Leiden anderer?

War da ein henkerlicher Zug, ein Lustempfinden, die Menschen schwer zu verletzen und unerbittlich in die Daumenschrauben seelischer Martern einzupressen — ihnen die letzten Hüllen abzureißen und an ihrer Splitternacktheit sich grausam zu weiden? Das alles war doch seines Amtes?

Ja? war es das?

Woher kam es denn, daß Amtsgenossen, Vorgesetzte, Beteiligte und Unbeteiligte, daß Zeugen, Freunde, Bekannte ihn als einen Grausamen ansahen, dem man fortgesetzt zu größerer Milde raten mußte?

O — diese Meute — diese Meute!!

Verschworen hatten sie sich anscheinend, ihn unsicher zu machen, ihm eins in die Flügel zu versetzen, daß er das Zutrauen verlor zu sich selbst, die Eigenzuversicht, das Unbeirrbare, ohne das er verloren war, ganz — ganz und gar unfähig, sein Amt fürder zu führen, eine Meinung zu fassen, ein Urteil vorzuschlagen und zu begründen.

Dahin — dahin wollte die Meute ihn haben, die jetzt hinter ihm war, ihn zur Strecke zu bringen.

Mein Gott — mein Gott — welch eine Lage!

Der Ungar behielt ja recht ihm gegenüber.

Weder eine Duellforderung noch eine Beleidigungsklage erhielt er von ihm, genau — genau so, wie er es vorausgesagt und in diesem Briefe geschrieben hatte — da — da Schurken immer auch Feiglinge seien.

So — so stand er da — in den Augen dieses jungen Menschen.

Er stöhnte tief und schmerzlich auf.

Rosalinde — Rosalinde sollte raten. Sie wußte einen Ausweg — ohne Frage wußte sie einen.

Hier galt es nun fest zuzupacken, und dem Gegner an die Gurgel zu gehen. Rosalinden ins Vertrauen ziehen, Rosalinden — sie — die Strenge, Harte, Kalte? Sie? — Sie konnte in diesem Falle nicht raten, denn Jordan war völlig außerstande, sie den ganzen Einblick in sein Erleben tun zu lassen.

Das ging unter keinen Umständen.

Denn da — da war etwas — noch tiefer drunten — als alle die anderen Dinge — zu allerunterst, tief, tief verborgen — der unheimliche — dämonische — aufreizende Eindruck, den diese Dirne auf ihn gemacht hatte.

Jeder Blick auf sie, jede ihrer Bewegungen hatten Jordans Blut gepeitscht. Sie — sie war die Aufreizung gewesen, die ihn in jener Verhandlung bis zum Paroxysmus erregt hatte. Hatte die Dirne doch das genießerische Wohlgefallen der gesamten Richterbank erzielt und schon begonnen, prozessuale Vorteile davon einzuheimsen, ihn, Jordan, brachte sie einfach um die Besinnung. Sie machte ihn so wahnsinnig, daß seine erregte Leidenschaft sich wieder sie selber, wider die Dirne selbst kehrte und sie am liebsten an Ort und Stelle vernichtet hätte.

Punkt für Punkt ging er die inneren Erlebnisse jener Gerichtsstunden noch einmal durch — und Punkt für Punkt schloß sich die entsetzliche Rechnung.

Gleich zu Beginn ihrer Vernehmung als Zeugin hatte Jordan einen heftigen Zusammenstoß mit Herta Hecker, deren kecke, herausfordernde Art ihn vollends von Sinnen brachte.

Ungebühr von Zeugen vor Gericht erlebte Jordan oft. Er stellte dann sogleich in aller Ruhe und Gelassenheit seine scharfen Strafanträge und erwartete vollkommen kühl, ob der Gerichtshof sie annahm oder nicht.

Hier — diesem Mädchen gegenüber, verlor er sofort die Gelassenheit, geriet er im Nu in die Rage.

Was ging sie ihn schließlich an, daß er sich bis zur Androhung der Zwangserziehung gegen sie hinreißen ließ.

Was scherte es ihn, ob sie wirklich den Maler heiratete oder nicht?

Es schien doch so — denn als diese Verlobung vor Gericht, die Jordan noch dazu für einen Advokatenkniff gehalten hatte, verkündigt wurde, da empfand er etwas wie einen seelischen Schmerz. Er entsann sich jetzt, daß diese Seelenregung ihm damals selbst unfaßlich erschien, — jetzt aber — heute — fing er mit namenlosem Entsetzen an, sie langsam — zu begreifen.

— Weiter . . . weiter in diesem Labyrinth.

War es nicht Neid, offenkundiger Neid, den er dem Maler gegenüber empfunden hatte — dieses Mädchens wegen?

Es war — es war Neid gewesen — nichts anderes.

Purer — purer Neid.

Glücklich . . . war dieses Bohemepack ihm erschienen —. Glücklich in seiner genußfrohen Freiheit, mit der Jordan die trostlose Korrektheit seiner eigenen Ehe verglichen und gefunden hatte, daß er selbst eigentlich niemals gelebt habe.

Waren das Beweise?

Waren das Beweise gegen ihn? oder nicht?

Es waren Beweise — fraglos, zweifelsohne, es waren lückenlose Beweise, einwandfreie dafür, daß der Staatsanwalt Jordan in dieser Verhandlung Partei gewesen, scharfe Partei aus tausend giftigen Höllengefühlen heraus. Partei, beseelt — getrieben, gepeitscht von der Gier, der Brunst, dem Lechzen nach der Pein, die dieses teufelhaft reizende, lockende, prangende Frauenbild vor seinen Augen erdulden sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Den Kampf der Entente gegen das „verbündete“ Rußland geht angeblich gegen den Terror, gegen den Bolschewismus. Amerikanisches und englisches Kapital tragen in erster Linie die Kosten dieses Kampfes, der hartnäckigste Angreifer ist England. Ist es nun einfach die Furcht vor dem Ueberspringen bolschewistischer Methoden, die den englischen Kapitalismus treibt, oder sind die Beweggründe in ganz realen Interessen zu suchen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Der englische Kapitalismus kämpft um seine eigentliche Kriegsbeute, er weiß, was das Rußland von morgen wert ist.

Eine Bestätigung unserer Auffassung finden wir in einem Artikel des Genossen H. N. Brailsford im Daily Herald. Er weist darauf hin, daß die britische Regierung danach trachtet, die Ostsee zu einer dauernden Flottenbasis zu machen; die Insel Oesel werde bereits hier und da als ein ausgezeichneter Stützpunkt erwähnt. Konventionen, die die „rechtliche“ Grundlage zu dieser Besetzung schaffen, sollen bereits mit den provisorischen Regierungen der betreffenden provisorischen Staaten abgeschlossen worden sein. Die Anerkennung dieser Staaten kann dem bisher von der Entente unterstützten Koltschak nicht angenehm sein, denn Koltschaks Ziel ist eine starke Zarenherrschaft, die er wieder errichten will. England ist das ziemlich gleichgültig, es läßt Koltschak fallen, wenn er seinen Zweck erfüllt hat, es braucht schwache Staaten, die unabhängig von Rußland so gut wie von Deutschland sein wollen. England kalkuliert, daß sie sich um diese Unabhängigkeit zu sichern, auf die Entente stützen müssen und danach richtet es seine Politik ein.

Was will der englische Kapitalismus aber von diesen nördlichen Randstaaten. Das englische Kapital will in Rußland eindringen. Der beste Weg dafür führt über die baltischen Häfen und über Archangelsk. Man hat Sorge, daß Deutschland letzten Endes doch wieder einen großen Teil des Exports nach Rußland in die Hände nehmen könnte, und dem muß vorgebeugt werden. Englisches Kapital kauft bereits Land, um Schiffsdocks in den baltischen Häfen anlegen zu können, und englische Gesellschaften haben bereits Konzessionen für Eisenbahnbauten erworben. Von der Ostsee her wird die wirtschaftliche Eroberung Rußlands erzwungen.

Mit der „nordwestrussischen Regierung“ sind Verträge geschlossen worden, in denen diese ganz klar die russischen Interessen auf Persien preisgibt und so anerkennt, daß Persien ein britisches Protektorat nach ägyptischem Muster wird. Aber diese Verträge gehen noch weiter. Sie besagen auch, daß Rußland — soweit die „nordwestrussische Regierung“ im Namen Rußlands sprechen kann — sich aller bedeutenden Ankäufe von Deutschland enthalten werde. Hier liegt der Schlüssel des Geheimnisses. Deutschland soll nicht absolut boykottiert werden, weil dieser Boykott nicht durchgeführt werden kann. Es mag einige Waren an Rußland weiter verkaufen: Arzneimittel, Farben und dergleichen vielleicht. Aber die Haupteinfuhr, das wirkliche Geschäft soll England vorbehalten werden. Waggons, Lokomotiven, landwirtschaftliche Maschinen, Maschinen für die Textilindustrie, kurz, alles das, was bisher den Hauptteil der deutschen Ausfuhr nach Rußland ausmachte. Für alle diese Waren, die Rußland dringend nötig hat, braucht es Kredit. Diesen Kredit gibt England und erwirbt als Sicherheit Minen-, Eisenbahn- und Oelfeld-Konzessionen und behält sich die Kontrolle über die russische Ausfuhr von Korn, Flachs, Kupfer und Petroleum vor.

Das sind die Früchte des Sieges, die England ernten will.

In und um Elbing

Der Auftakt

Drei große Wählerversammlungen hatte gestern die unabhängig sozialdemokratische Partei zur Einleitung des Stadtverordnetenwahlkampfes einberufen. Das Thema sollte den Wählern Gelegenheit geben, sich über unser Kommunalprogramm zu äußern. Und viele waren dem Rufe gefolgt. Im Volkshaus sprach Genosse Baude vor ungefähr 2000 Frauen und Männern. Eingangs seiner Ausführungen behandelte er den Sonderzustand, daß erst nach 13 Monaten Staatsumwälzung in Elbing das Dreiklassenparlament beseitigt werde. Das Kommunalprogramm gliederte Baude in sieben Abschnitte und behandelte diese gründlich und klar. Die Forderungen, die in unserm Kommunalprogramm aufgestellt seien, erheischten es, daß hierbei nach neuen Einnahmequellen gesucht werden müßte. Diese lägen weniger auf dem Gebiete der Steuern als dem der Kommunalisierung geeigneter Betriebe. Wenn wir auch in Elbing bereits eine Reihe Kommunalbetriebe hätten, so sei noch lange nicht das erfaßt, was im Interesse der Gemeinde und Gemeindemitglieder städtisch bewirtschaftet werden müsse. Baude wies hierbei auf Lebensmittelbetriebe, Tiefbauunternehmungen, Ziegeleien, Elektrizitätswerk und anderes hin. Die Behebung der Wohnungsnot stelle die neue Stadtverordnetenversammlung vor große Aufgaben, an die trotz aller Schwierigkeit mit voller Energie herangegangen werden müsse. Statt des Mieteinigungsamtes müsse **ein Wohnungsamt** geschaffen werden. Infolge der eigenartigen, politischen Lage, in die Elbing durch den Krieg hineingekommen sei, wäre es notwendig, daß die Stadt im Interesse der hiesigen Industrie und der Arbeiterschaft eine Schiffsverbindung eröffne, weil die Eisenbahnverbindung in späterer Zeit sehr mangelhaft bleiben werde. Andernfalls würde der Niedergang der Stadt besiegelt sein. Die sozialen Aufgaben, die die neue Stadtverwaltung vor allem zu lösen habe, seien die Schaffung eines Arbeits- und eines Wohlfahrtsamtes. Wie jenes als besondere Unterabteilungen, Arbeitsnachweis, Rechtsschutz und Tarifamt haben müßte, so würde dieses ein besonderes Jugendamt haben müssen, denn gerade jetzt, wo der Krieg die Jugend moralisch verwüstet habe, sei dieses ein unbedingtes Erfordernis. Auch im Armenwesen müßten unbedingt Aenderungen eintreten, denn die bisherigen Armenvorsteher bedeuteten in vielen Fällen ein Martyrium für die Armen. In der Schulpolitik wäre zu fordern, daß die Schulen sowohl im Lehrplan reformiert würden, als auch hygienisch einwandfrei wären. Unser endgültiges Ziel sei die Einheitsschule. Mit einem kräftigen Apell, daß jeder Anwesende seine ganze Kraft einsetzen solle, um der Kandidatenliste der U. S. P. zum Siege zu verhelfen, schloß Genosse Baude unter stürmischem Beifall seine Ausführungen.

Der Leiter der Versammlung, Genosse Vogel, eröffnete nun die Diskussion und stellte die Frage, ob gegnerische Anwesende das Wort wünschten. Diele sollten zuerst reden dürfen. Da sich niemand meldete, erhielt Genosse Grunwald das Wort. Er vertiefte die Ausführungen Baude's in einzelnen Punkten und führte einige ganz besondere krasse Fälle den Zuhörern vor Augen. Er forderte auch, daß Staat und Stadt bei der heutigen Kohlenknappheit versuchen müßten, die Wasserkräfte möglichst rasch für Erzeugung elektrischen Stromes nutzbar zu machen. Auf Grund der Spannung zwischen den Wohnpreisen in früher erbauten und jetzt zu erbauenden Wohnungen sei eine kolossale Wertsteigerung der Wohnhäuser eingetreten und der Spekulation ungeheure Gewinne preisgegeben. Aus diesem Grunde müsse man trotz der Schwierigkeit des Problems zu der Forderung kommen, das Wohnungswesen zu kommunalisieren. Aus allen angeführten Gründen hat die Arbeiterschaft alles daran zu setzen, daß am 30. November der Sieg der U. S. P. in Elbing ein vollständiger sei. Da sich auf eine nochmalige Anfrage hin niemand zum Wort meldete, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In der Versammlung im Hotel Stadt Elbing sprach Genosse Köhler zu dem gleichen Thema. Auch hier wurden die Ausführungen des Referenten mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach der Genosse Krüger im Sinne von Köhlers Ausführungen, während Genosse Müller die Versammlung aufforderte, die Frauen und die Arbeiterschaft in den Betrieben aufzurütteln. Gegner meldeten sich in der Versammlung nicht zum Wort.

In Pangritz-Kolonie waren in der Versammlung etwa 500 Personen anwesend. Das Genosse Lange mit seinen Ausführungen das richtige traf, bewies die Zustimmung der Versammlung. Es sprachen in der Diskussion verschiedene Redner, bis auf einen Kommunisten im Sinne unseres Kommunalprogramms. Die vorzügliche Stimmung in der Versammlung birgt dafür, daß Pangritz-Kolonie am Wahltage wie immer seinen Mann stehen wird.

Niedriger hängen

Die Elbinger Zeitung bringt in ihrer gestrigen Nummer folgende Notiz:

> Die Freiheit in Berlin hat bekanntlich wiederholt „Enthüllungen“ veröffentlicht, die dartun sollten, daß Deutschland den Friedensvertrag bräche und in Wirklichkeit ein großes Heer aufstelle. Die **Lügen** dieses Blattes werden von der Ententepresse selbstverständlich ausgiebig benutzt, um gegen Deutschland die schärfsten Erpressungsmittel anzuempfehlen. Wenn die **Freiheit im Ententesolde stünde, könnte sie nicht anders handeln als wie jetzt.** Daß die Ententepresse wohlgefällig die faustgrobe Lüge der Polen abdruckt, die deutsche Reichsregierung habe in Kurland eine Armee von dreimalhunderttausend Soldaten, ist selbstverständlich, und es ist ebenso selbstverständlich, daß alle **Lügen** der Freiheit noch im Pressespiegel des Auslandes verzerrt werden. So bringt die Nummer des Petit Journal in großer Spiegelschrift die **Lügen der Freiheit** mit der Behauptung, **Deutschland stände unter der Herrschaft einer Militärkamarilla und betreibe eine intensive Rekrutierung!** Die Freiheit und die Hetzblätter des Auslandes wissen genau, daß der deutsche Staatshaushalt Ausgaben nur für 200 000 Mann vorsieht und daß ferner die bewaffnete Macht unseres Landes unter der Kontrolle der Entente steht. Somit sind solche Behauptungen lediglich aus **Böswilligkeit und der Sucht entsprungen, mit Lügen neue Schandmaßnahmen gegen unser Volk zu rechtfertigen.**

Nein bei uns herrscht keine Militärkamarilla. Noskes Landsknechte gehen in der Woche friedlich ihrem Erwerb als Schuster und Schneider nach. Sonntags führen sie die Bürgertöchter zum Tanz. Die 35 000 Vaterlandsverräter im Baltikum blieben dort nur, damit wir in Deutschland mehr zu essen bekommen. Es gibt keine Schutzhaft bei uns und keine Hungerstreiks in Gefängnissen, keine Bürger-Sicherheitswehren. Es gibt in Deutschland keine Zensur und keine Zeitungsverbote. Es gibt keine staatsstreichlüsternen Offiziere und keine Mörder für Geld. Alles das lügt die Freiheit zusammen. Arbeiter Elbings, glaubt nur der Elbinger Zeitung. Sie sagt die reine Wahrheit.

Absatz von Zuckerrüben

Nach einer Verfügung des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung vom 24. Oktober 1919 geben die zahlreichen Anzeigen in der Tagespresse, in denen sich Handelsfirmen zum Ankauf von Zuckerrüben erbieten, Anlaß zur Befürchtung, daß erhebliche Rübenmengen der Zuckererzeugung auch dann entzogen werden, wenn die Zuckerfabriken, für die sie angebaut sind, über ausreichende Kohlenbestände verfügen. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß ein **Absatz** von Zuckerrüben zu anderen Zwecken, als zur Herstellung von Zucker an Zuckerfabriken, insbesondere an Trocknereien oder zu Futterzwecken, nur mit besonderer Genehmigung der Reichszuckerstelle zulässig und eine Zuwiderhandlung nach der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 (R. G. Bl. S. 914), 30. September 1918 (R. G. Bl. S. 1217), 3. Juli und 14. Oktober 1919 (R. G. Bl. S. 633 und 1789) unter Strafe gestellt ist. Da Zuckerrüben ohne Genehmigung der Reichszuckerstelle nicht getrocknet werden dürfen, ist auch ein freier Handel mit getrockneten Zuckerrüben und dem daraus hergestellten Zuckerrübenmehl nicht erlaubt.

Das „sogenannte“ freie Koalitionsrecht

Der Bäckerverband schreibt uns: Als eine der wenigen Errungenschaften, die uns die Revolution gebracht hat, galt bis jetzt die Durchführung des freien Koalitionsrechts, d. h., daß jeder preußische Staatsbürger das Recht hat, sich irgendeiner gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, und daß sich jeder Arbeitgeber strafbar macht, der seinen Angestellten an der Ausübung dieses Rechtes hindert. Nun hat unsere Organisation, nachdem die Revolution mit den alten Zunftgebräuchen in unserm Berufe endgültig aufgeräumt hat, auch die Aufgabe in die Hände genommen, den Nachwuchs in dem Berufe, die Lehrlinge gewerkschaftlich so vorzubilden, daß sie später voll und ganz ihren Mann stehen. Wir haben deshalb eine Lehrlingsabteilung gebildet, die unserer Fachorganisation angeschlossen ist. Soweit ging alles gut und schön. Als jedoch unsere Arbeitgeber davon Wind erhielten, daß sich ein großer Teil der Lehrlinge dieser Lehrlingsabteilung angeschlossen hatte, wurde von seiten der Bäckermeister sofort eine Gegenaktion in die Wege geleitet. Eine Kommission, bestehend aus dem Obermeister Wagner und den Vorstandsmitgliedern Fröse und Kürschner, ist damit betraut, den Lehrlingen unter Androhung von allen möglichen Strafen, die Zugehörigkeit zu unserer Organisation zu verbieten, also gerade das zu verhindern, worauf doch jeder Mensch ein Anrecht hat: das freie Koalitionsrecht. Man darf nur daran erinnern, daß in den meisten Handlungsgehilfenverbänden sowie auch in andern Fachverbänden schon vor dem Kriege und der Revolution besondere Lehrlingsabteilungen bestanden haben, ohne daß die Arbeitgeber daran was auszusetzen hatten. Diese Zeilen sollen dazu dienen, der Oeffentlichkeit einmal den „Fortschrittsgeist“ vor Augen zu führen, von dem ein großer Teil der kleinen Handwerksmeister auch heute noch, nach der Revolution, beseelt ist.

Kandidatenlisten

Außer der U. S. P. haben bisher die Demokraten eine Liste für die Stadtverordneten aufgestellt. Die Konservativen gehen ebenfalls mit einer eigenen Liste vor. Ebenso die „Mehrheits“sozialisten und das Zentrum. Morgen ist die Frist abgelaufen, dann wird sich ja der Schleier über sämtliche Vorschläge lüften.

Keine Kommunisten

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: „Durch die Presse geht eine Notiz des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, in der die Behauptung aufgestellt wird, der Zentralverband sei kommunistisch. Diese Behauptung ist unrichtig. Der Zentralverband der Angestellten ist parteipolitisch völlig neutral und hat infolgedessen Angehörige aller politischen Parteien in seinen Reihen. Es wird in der Notiz weiter behauptet, daß der Redakteur Lange der Handlungsgehilfen-Zeitung in der Kommunistischen Räte-Korrespondenz einen gefährlichen Plan zur Zersplitterung der Gewerkschaften veröffentlicht hat. Der Redakteur Lange steht diesem Artikel fern.“

Jugendbewegung

Der Arbeitsausschuß der freien sozialistischen Jugend kommt Freitag den 15. November abends 7 Uhr im Volkshaus zu einer wichtigen Sitzung zusammen.

Ostdeutsche Nachrichten

Komödiantentum

Aus Anlaß des Revolutionsgedenktages ist die Volkswacht mit den bürgerlichen Zeitungen Danzigs arg aneinander geraten. Die Hiebe prasseln so fürchterlich hernieder, daß die Harnische arg verbeult sind und die Plempen Scharte auf Scharte zeigen. Die Danziger Allgemeine droht, man werde den Wind der Reaktion bald zu spüren bekommen, man möge nur noch ein wenig warten. Das Westpreußische Volksblatt erklärt:

> **„Wenn Ernst Loops durchaus von einem Affen oder einem ähnlichen Tier seine Abstammung herleiten will, so wollen wir ihn in diesem Ahnenkult nicht stören. Wir sind stolz darauf, daß auch unsere ersten Vorfahren Menschen gewesen sind.“**

Loops, der biderbe, dagegen antwortet, er habe nichts dagegen, wenn die Redaktion des Westpreußischen Volksblattes an das schöne Märchen von Adam und Eva glauben wolle. Ihr Geist sei ja nie durch Kenntnisse auf dem Gebiet von Kunst und Wissenschaft getrübt worden usw. usw. Kurz, Parkett wie Galerie kommen bei diesem ritterlichen Turnier auf ihre Kosten.

Doch nun die Kehrseite. Hinter den Kulissen ist in einer Pause die Gründung eines Danziger Redakteurvereins vorgenommen. Der Zweck ist, die beruflichen und Standesinteressen der Danziger Redakteure „kraftvoll“ zu vertreten. Der Vorstand besteht aus folgenden Herren: Vorsitzender Redakteur Brödersdorff (Danziger Neueste Nachrichten **Generalanzeigerpresse**), Stellvertreter Chefredakteur Radtke (Danziger Allgemeine Zeitung **konservativ**), Schatzmeister Redakteur Lang (Danziger Zeitung **demokratisch**), Stellvertreter Redakteur Dr. Häfner (Westpreußisches Volksblatt **Zentrum**), Schriftführer Redakteur Franke (Deutsche Allgemeine Zeitung **halb konservativ, halb rechtssozialistisch**), Stellvertreter Redakteur Loops (Volkswacht **rechtssozialistisch**).

Erst vermöbeln sie sich und dann sitzen sie beim Schoppen Bier und vielleicht auch, wenn gerade der Erste gewesen ist, bei einer Flasche Wein. Der „Affenredakteur“ Loops mit Adams Nachkömmling Häfner. Der konservative Radtke und der Demokrat Lang lauschen begeistert der Stammtischrede Poguttkes, der natürlich auch mit bei ist. Alle miteinander sind ein einig Volk von Brüdern, denn alle miteinander schreiben ja nur für Geld. „Verdienen“ wird bei ihnen allen halbfett und mit Korpusschrift gesetzt. „Die dämlichen Leser“ — ach die sind nur Schmocks milchende Kuh. — So, die Pause ist zu Ende. Angetreten, meine Herren! Erste Programmnummer: Entsetzenerregender Zweikampf zwischen Pithecantropus alalus und Franziskus Eusebius Hyronimus Papzack. Tut! Tut! Tu-ut! Immer rin in die Bude!

Heldentaten der Früngelgarde in Danzig

Das Freie Volk veröffentlicht jetzt Einzelheiten über den „Sieg“ der Danziger Ordnungswächter am 7. November. Ein Augenzeuge der Vorgänge schreibt:

„Etwa 1200 Personen hatten sich gegen 10 Uhr auf dem Heumarkte eingefunden, als ein Genosse eine Rede von etwa 5 Minuten Dauer hielt. Dabei forderte der Sprecher die Erschienenen auf, in ruhiger Weise nach Hause zu gehen. Das dauerte aber anscheinend der Polizei zu lange, denn kaum hatte der Redner das letzte Wort gesprochen, da war auch schon der Polizeiinspektor Wielandt mit Mannschaften der Sicherheitswehr und Schutzleuten zur Stelle, den Browning in der Hand. Sie schwärmten aus, dazu kam ein größerer Trupp Soldaten, das aufgepflanzte Seitengewehr im Arm und so ging es zum Hohen Tor hin. Hier schritt die Polizei und der bartlose Leutnant schon schärfer ein. Hinterm Hohen Tor stand ein etwa 16jähriger Mensch. Einer von den Sicherheitsleuten, ein Hüne von Gestalt, ging auf den Jungen zu, schlug ihm eine Ohrfeige, daß er zu Boden fiel. An der Ecke des Kohlenmarkts schlug die Polizei auf jeden ein, ganz gleich, wer es war. Am Neubau in der Langgasse wurde wieder ein junger Mensch mit einem Stock bearbeitet, der am Boden lag. Hier fielen auch Schüsse. An der Bedürfnisanstalt auf dem Holzmarkte sah ich, wie die Menge geschlagen wurde. Ein Schutzmann schwang den Säbel in der Hand und stürmte mit diesen Worten in die Bedürfnisanstalt: „Wir wollen doch einmal sehen, ob sich die Bande dort verkrochen hat.“ Von hier aus ging es nach der Langgasse. Um das Sternfeldsche Warenhaus herum wurde ein zweiter Angriff unternommen. Die Polizei schlug auf alle Passanten los. Ein Schutzmann stürzte sich hier auf einen Soldaten und schlug ihn mit dem Säbel über den Kopf. Eine den besseren Gesellschaftsständen angehörende Dame sagte zum Schutzmann: „Der Mann hat

Ihnen doch nichts getan." Als der wütende Schutzmann das hörte, sprang er mit gehobenem Säbel auf die Dame zu und schrie: „Was geht Sie das an!" Dieser Vorgang wurde vom Geschäftsführer und Personal der Firma Sternfeld beobachtet.

Von anderen Genossen wird dem Freien Volk mitgeteilt, daß auf dem Heumarkt eine hochschwangere Frau vom Lande ins Gedränge kam und von ihrem Manne abgetrennt wurde. Auch sie wurde von den Polizisten blutig geschlagen.

Auf dem Fischmarkt war dasselbe Bild. Mit Säbeln, Gummiknüppeln und Gewehrkolben wurde geschlagen auf alle, die in den Weg kamen. Frauen, die in die Geschäfte gehen wollten, um Einkäufe zu machen, wurden herausgerissen, die Schutzleute rannten hin und her. In dieses Toben mischte sich das Geschrei der geängstigten Kinder, die gerade aus der Schule kamen und von herumrennenden Schutzleuten umgerissen wurde.

Konstatieren müssen wir, daß zum größten Teil das Bürgertum betroffen wurde.

Dieses Treiben haben führende Personen der Rechtssozialisten, unter ihnen Georg Leu vom Vollzugsausschuß, gesehen, die das Machwerk ihres „Genossen" Frängel aus eigener Anschauung kennen lernten. Georg Leu hat dann das Einstellen des Blutvergießens in der Langgasse bewirkt. Anders die Volkswacht-Leute und Herr Gehl, welche nach der Polizei riefen. Vor dem Volkswacht-Gebäude hatten sich eine Anzahl Personen angesammelt, die, nach einem Bericht in den bürgerlichen Zeitungen, Beschimpfungen und Drohrufe laut werden ließen. Vor diesen knickten Herr Gehl und die Großmäuler der Volkswacht wie eine Lilie zusammen und riefen eiligst telephonisch nach polizeilichem Schutz, den sie auch erhielten.

Während des 7. Novembers war bekanntlich im Rathause eine Wache der Sicherheitswehr untergebracht. An diesem Tage ist im Stadtverordnetensitzungssaal von 10 Ledersesseln das Leder herausgeschnitten und mitgenommen worden. Hieraus ersehen wir, aus was für Elementen die Leute zusammengesetzt waren, welche die „Ordnung" aufrechterhalten sollten."

Das alles geschah unter dem Kommando desselben Frängel, über dessen Kündigung durch die Danziger Metallarbeiter die Elbinger Volkszeitung neulich so viel Krokodilstränen vergoß.

Sie wissen nicht, was sie wollen

Es war aus offiziöser Quelle gemeldet worden, die Reste Westpreußens und Posens würden an die benachbarten Provinzen, vor allem an Pommern angegliedert. Nunmehr verkündet die Deutsche Allgemeine Zeitung:

In einigen Blättern hat die Nachricht Aufnahme gefunden, das Ministerium des Innern habe beschlossen, die nach dem Friedensvertrage bei Preußen verbleibenden Reste der Provinzen Posen und Westpreußen unter die benachbarten Provinzen aufzuteilen, so daß damit die Namen Westpreußen und Posen verschwänden. Die Staatsregierung legt den größten Wert auf die Feststellung, daß diese Meldung falsch ist. Richtig ist, daß der Staatskommissar für Verwaltungsreform für die kommende Neuordnung der Verwaltung einen ähnlichen Gedanken zur Erörterung gestellt hat.

Die Staatsregierung steht diesem Gedanken fern. Sie hat im Gegenteil mit der Bildung eines Verwaltungsbezirks Schneidemühl bereits den Weg beschritten, den sie zu gehen gedenkt. Ueber diese verwaltungsmäßige Regelung hinaus liegt in der Absicht des Ministeriums des Innern eine kommunale Zusammenfassung der Restbezirke durch Bildung eines Provinzialverbandes Posen-Westpreußen, um diese mit der preußischen Geschichte auf das engste verknüpften, ehrwürdigen Namen zu erhalten und dem im deutschen Herzen tief wurzelnden heiligen Gedanken der Ostmark den gebührenden Ausdruck zu geben.

Die hohe Regierung gleicht also ganz dem bekannten Greise auf dem Dache.

Drei Rinder beschlagnahmt

Bei einer Revision auf dem Tiegenhöfer Bahnhof wurde ein Waggon beschlagnahmt, in dem sich in Stroh verpackt drei geschlachtete Rinder befanden, die nach Danzig verschoben werden sollten. Das beschlagnahmte Fleisch wurde der Tiegenhöfer Verteilungsstelle überwiesen.

Todesurteil

Das Kriegsgericht in Thorn fällte gegen einen achtzehnjährigen Pionier das Todesurteil. Der Mann beging Unterschlagungen und trieb sich dann in den Wäldern umher. Als ein ihm befreundeter Pionier ihm warmes Essen in den Wald brachte, tötete er diesen kaltblütig, um dessen Kleidung rauben zu können.

Raubüberfall

In das Gehöft des Besitzers Sonkewicz in Ruda, Kreis Kulm, drang gegen 10 Uhr nachts eine größere Räuberbande ein. Sonkewicz, der bereits schlief, wurde von den Einbrechern im Bett gefesselt und mußte zusehen, wie die Eindringlinge die Wohnung nach Geld und sonstigen Wertsachen durchsuchten. Glücklicherweise hatte der Besitzer am Tage zuvor seinem Bruder eine größere Summe geliehen, so daß den Räubern nur etwa tausend Mark in die Hände fielen.

Literatur.

Lichtstrahlen. Zeitschrift für wissenschaftlichen Kommunismus. Herausgeber Julian Borchardt. Das erste Novemberheft (Nr. 3 des 5. Jahrgangs) hat folgenden Inhalt: Rußland. — Anarchismus und Kommunismus. — Weltrevolution, von Reverra — Der Zehnten in der Türkei, von Wedad Nedim. — Klassenkampf, von Herold. — Rundschau. Die Lichtstrahlen erscheinen am 5. und 20. jedes Monats zum Preise von 70 Pfennig pro Heft. Bei der Post (14. Nachtrag der Postzeitungsliste) 3,90 Mark pro Vierteljahr. Verlag der Lichtstrahlen, Berlin-Lichterfelde, Hedwigstraße 1.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name: .....

Wohnort: .....

Straße: .....

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Beteiligt Euch an der Parteizeitung

Zeichnet Anteilscheine — Stärkt den Pressefonds

Einfuhrzusatzmarke 18, Abschnitt R.

Freitag, den 14. November 1919:
100 g Margarine Mark 1,—.

Vorstehende 100 g sind zwei Wochenrationen von je 50 g für die Zeit vom 10. bis 23. November 1919.

Alshuth, Ernst	Grätzel, Marie	Regehr, Albert
Barwich, Rich.	Hollasch, Emil	Riesen, Robert v.
„ Adolf	Haddas, Marie	Ritter, Aug.
Behrendt, Gustav	John, Conrad	Rittker, Gustav
Beamtenverein	Kahlweiß, Joh.	Runkel, Otto
Brigmann, Th.	Kellner, Ad. Nachfl.	Roy, D. von
Consumverein	Kottlowski, J.	Richter, Klara
Czeskowski, Joh.	Kretschmer, Fritz	Sawatzki, Albert
Doleske, A.	Krüger, Max	Schicht, Otto Nfg.
Danielowski, A.	Kusch, Eduard	Schlinke, Max
Doebel, Oskar	Kümpel, Wilh.	Stach, Hermann
Draws, Max	Kolberg, Anton	Steinhöfel, J.
Duwe, Wilh.	Kuhn, Margarete	Störmer, S.
Druschke, Joh.	Lieder, Hermann	Wegsel, Hermann
Dyck, Heinrich	Lickfett, J. Nachfl.	Werk, Hermann
Esau, Aron	Neubert, Gustav	Werner, Paul
Est, Helene	Packheiser, Elise	Werner, Otto
Froese, F.	Penner, Margarete	Weiß, Auguste
Flier, Bruno	Plohmann, E. Nfg.	Wischnewski, F.
Grunwald Nachfl.	Preiskorn, Ferd.	Winkler, Meta
Gerlach, Friedrich	Preuß, Otto	Zech, Willy
„ Otto	Rau, Paul	„ Betty

Wir weisen darauf hin, daß die Räumung von Margarine **sofort** dem Ernährungsamt bekannt zu geben ist. Wir werden in Zukunft nur solchen Geschäften Margarine zur Verteilung überweisen, welche unsere Vorschriften befolgen.

Die Neubelieferung von Margarine wird von der Provinzialfettstelle von der prompten Rücksendung der leeren Gebinde abhängig gemacht. Wir ersuchen daher, die leeren Gebinde sobald wie möglich, spätestens in 14 Tagen, in gutem Zustande an die Verteilungsstelle zurückzugeben, andernfalls das Pfand nicht zurückerstattet wird.

Elbing, den 13. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Nährmittelmarke Nr. 527.

Freitag, den 14. Nooember 1919:
1/4 Pfund Grieß 23 Pfennig, 1 Pfund 92 Pfennig.

Elbing, den 13. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Anordnung.

Für das am 1. November 1919 beginnende Wirtschaftsjahr 1919/20 wird für den Bereich der Provinz Westpreußen der Höchstpreis für

weißen Kandis ohne Faden auf Mark 1,20 je Pfund
„ „ mit „ „ „ 1,18 „ „
farbigen „ „ „ „ „ 1,17 „ „

bei Abgabe an die Verbraucher im Kleinverkauf festgesetzt.

Kandis kann nunmehr im Handel anstatt Verbrauchszucker gegen Ablieferung von Zuckerbezugsbelegen abgegeben werden.

Danzig, den 7. November 1919.

Provinzialzuckerstelle für Westpreußen.

Verlorene Lebensmittelmarken.

Die Anträge auf Ersatz angeblich verlorener oder sonst abhanden gekommener Nahrungsmittelmarken aller Art häufen sich in letzter Zeit besonders stark. Es vergeht nicht ein Tag, an dem nicht 1 Dutzend und mehr solcher Anträge hier eingehen. Zu der in verschiedenen anderen Städten geübten Praxis, solche Ersatzanträge grundsätzlich in jedem Falle abzulehnen, möchten wir zunächst noch nicht übergehen, sehen uns jedoch veranlaßt, folgendes bekannt zu geben:

In Zukunft werden solche Anträge nur dann in Berücksichtigung gezogen werden, wenn der **unverschuldete** Verlust glaubhaft **nachgewiesen** wird. Als unverschuldetes Verlieren können jedoch nur Entwendung durch Diebstahl aus sicherem Verschluß oder sonstige Umstände angesehen werden, bei denen nicht mangelnde Sorgfalt der Grund für das Abhandenkommen ist. Es scheiden also insbesondere alle diejenigen Fälle aus, in denen einfaches Verlieren behauptet wird. Anträge, in denen die Ersatzleistung von vornherein ausgeschlossen ist, werden in Zukunft überhaupt nicht mehr beantwortet werden.

Das Publikum wird deshalb dringend ersucht, die Nahrungsmittelmarken mit der gehörigen Sorgfalt zu behandeln und zu verwahren.

Elbing, den 11. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Von heute ab das große Sittendrama

Das rächende Gift

oder

Warum das Weib am Manne leidet und der Mann am Weibe

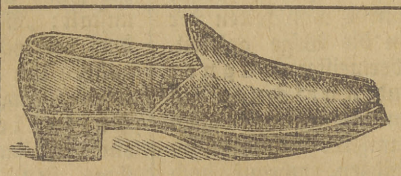
in fünf recht spannenden Akten,

sowie dazu ein **Lustspiel.**

Anfang 3 Uhr, Ende 5 1/2 Uhr.
Abends 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.

Mit bester Empfehlung

Rich. Schwarzkopf.



offeriert **Holzschuhe**

Carl Steppuhn.

Stadttheater Elbing

Donnerstag, den 13. Novbr.:
Die verschwundene Pauline
Neuheit! Schwank in drei Akt. von W. Wolff u. M. Zickel.
Freitag, den 14. November:
Der fliegende Holländer
Große Oper in drei Akten von Rich. Wagner.

Lichtspielhaus

Fleischerstraße 9.

Bruno Kastner

in dem 4aktigen Drama

Eines Mannes Wort.

Hedda Vernon

in dem 4aktigen Drama

Die Erbin.

Anfang täglich 3.30 und 7.30 Uhr.

Freitag u. Sonnabend Fleisch- und Wurstverkauf.

Roßschlächterei Georgendamm 15.

Zigarren

von 60 Pfg. an,

Rauchtabak

rein Übers. 50 g Mk. 2.25, derselbe mit 10 % Kräuter Mk. 2.—.

Echt dänischen Kautabak u. Schnupftabak empfiehlt

Erich Murawski

Leichnamstr. 23.

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestrasse 12/14

Lieferant erstklassiger Möbel

und kompletter

Wohnungs-Einrichtungen

eigenen Fabrikates

eigene Matratzen-Engros-Fabrikation, eigene Polsterwerkstätte, eigene Marmorschleiferei und

Fabrikation

Kunstgewerbl. Atelier

mit besonderer Abteilung für Herstellung von Firmen- und Reklameschildern aller Art.

Reelle Bedienung, keine Phantasiepreise.

Sämtliche

Schreibwaren

für

Schule, Haus, Behörde

für

Handel, Gewerbe, Industrie

in nur bester Ausführung kauft man bei

G. W. Petersen

Alter Markt 33.

2 Ulster

neu, sind zu verkaufen. **A. Kusch,** Junkerstr. 45, II.

Ein neuer Anzug billig zu verkauf. Gr. Wunderberg 47.

1 Geige u. Formkasten mit Bogen (auch einzeln) zu verkauf. Neuft. Wallstr. 7, II.

Elbinger Standesamt

vom 13. November 1919.

Sterbefälle: Fabrikarbeiter Albert Franz Kunkel, 1 S., 6 W. — Elektriker Fritz Trautmann, 1 S., 14 T. — Landarbeiter Gottfr. Gumbert, 42 J.